

Bern, 9. Februar 2025

Medienmitteilung

Keine Umweltpolitik auf dem Buckel von Bevölkerung und Wirtschaft

Erfolg für die überparteiliche NEIN-Allianz gegen die Verarmungsinitiative

Die Stimmberechtigten haben ein eindimensionales Ökodiktat, das wirtschaftliche und soziale Aspekte ausblendet, wuchtig verworfen. Die überparteiliche Allianz «Nein zur Verarmungsinitiative» getragen von FDP, Die Mitte, SVP sowie economiesuisse, Gewerbeverband und Bauernverband konnte erfolgreich vor den gefährlichen Auswirkungen warnen. Aufgezwungener Konsumverzicht, Preisexplosion und Wohlstandsrückgang sind abgewendet. Das Abstimmungsresultat ist ein Fingerzeig an die Grünen und ihre etatistische Verbotspolitik. Und eine Absage an Wachstums- und Kapitalismuskritik.

Nachhaltigkeit ist nicht eindimensional, sondern umfasst eine wirtschaftliche, ökologische und soziale Dimension. Umwelt- und Klimaschutz darf nicht auf Kosten der Bevölkerung oder der Unternehmen gehen. Die Bevölkerung hat nach 2016 (Initiative für eine Grüne Wirtschaft) heute zum zweiten Mal den bisherigen Weg bestätigt und die grünen Utopien beerdigt. Die überparteiliche Nein-Allianz steht zur umweltpolitischen Verantwortung der Schweiz. Der Schlüssel liegt in wettbewerbsorientierten Rahmenbedingungen, die Innovation und Fortschritt begünstigen.

Ein klares NEIN zur Verbotspolitik und Wohlstandskritik

Das Abstimmungsresultat ist eine klare Absage sowohl an etatistische Verbots- und Verzichtspolitik wie auch an linksgrüne Wachstums- und Kapitalismuskritik. Mit der Verarmungsinitiative wurde erneut versucht, der Mehrheit einen Lebensstil aufzuzwingen, der nur von einer Minderheit gewünscht wird. Aufgezwungener Konsumverzicht, Verbotspolitik und die Schwächung von Wirtschaft, Gewerbe und Kaufkraft sind abgewendet. Die extremen Massnahmen, zu denen der Bund gezwungen gewesen wäre, hätten zu einer allgemeinen Verteuerung, zu einem massiven Konsumverzicht und Wohlstandsverlust geführt. Einmal mehr wären der Mittelstand, sozial Benachteiligte, KMU und der Agrarsektor am stärksten betroffen gewesen.

Die Bevölkerung hat heute ein deutliches Signal gesendet. Anstatt unseren Wohlstand und unser Sozialmodell mit unrealistischen Forderungen zu gefährden, sollte die Schweiz den eingeschlagenen Weg weiterverfolgen: Der Weg einer massvollen, progressiven und innovativen Politik, die dem individuellen Wohlbefinden nicht schadet.

Kontakt

- Christian Wasserfallen, Nationalrat (FDP), 078 648 39 71
- Nicolo Paganini, Nationalrat (Mitte), 079 605 19 43
- Marcel Dettling, Nationalrat (SVP), 079 353 32 89
- Monika Rühl, Direktorin economiesuisse, 079 301 70 47
- Urs Furrer, Direktor Schweizerischer Gewerbeverband, 079 215 81 30
- Martin Rufer, Direktor Schweizer Bauernverband, 078 803 45 54
- Adrian Michel, Kampagnenleiter, FDP-Generalsekretariat, 078 602 67 02